



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement
von Prof. Dr. Gerhard Kruijff,
Professor für Christliche Anthropologie und Sozialethik
an der Kath.-Theol. Fakultät der Universität Mainz,
im Pressegespräch zum Thema
„Gesellschaftlicher Zusammenhalt oder Auflösung des Gemeinwohls?“
am 7. März 2017 in Bensberg
zur Frühjahrs-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz

Wir stehen als Gesellschaft in Deutschland vor großen Herausforderungen. Frieden und Wohlstand in Europa müssen zukunftsfest gemacht werden. Wie andere Länder Europas auch muss Deutschland einen tiefgreifenden demographischen Wandel bewältigen. Technische Entwicklungen wie die Digitalisierung werden die Arbeitswelt massiv verändern und zwingen den Sozialstaat zu neuen Lösungen. Um die Überhitzung der Erdatmosphäre einzudämmen, muss die Energieversorgung innerhalb kurzer Zeit dekarbonisiert werden. Gleichzeitig veranlassen Bürgerkriege, Hungersnöte, menschenverachtende politische Regime und wirtschaftliche Not viele Menschen, vor allem in Afrika und im Nahen Osten, dazu, ihre Heimat zu verlassen und in Europa Sicherheit, Frieden und zumindest etwas Wohlstand zu suchen. Bei uns nimmt dadurch die Vielfalt an Kulturen und Religionen zu. Und die extreme Armut von etwa einer Milliarde Menschen weltweit ist ein Skandal, der auch uns hier in einem reichen Land keine Ruhe lassen darf.

Diese Herausforderungen erfordern gesellschaftliche Lernprozesse und politische Entscheidungen, die nur gelingen können,

- wenn es ein Minimum an Solidarität unter der Bevölkerung in Deutschland und Deutschlands mit Europa und der Welt insgesamt gibt,
- wenn so viel Vertrauenskapital vorhanden ist, dass wir uns auf neue Formen der Kooperation einlassen, und
- wenn wir in der Lage sind, in Politik und Öffentlichkeit so miteinander zu kommunizieren, dass wir sachgerechte Lösungen finden, die von möglichst vielen als richtig akzeptiert werden können.

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: www.dbk.de

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

Wo nicht mehr in ausreichendem Maße verständigungsorientierte Kommunikation möglich ist, wo jeder zuerst einmal nur an sich denkt bzw. ganze Nationen das eigene vermeintliche Wohl über alles stellen, wo allein Vorurteile und Emotionen die Meinungen bestimmen, wo Hass und Missgunst geschürt werden, sind kaum mehr rationale Entscheidungen möglich, werden wir keine Strategien zur Bewältigung der Zukunftsprobleme erarbeiten können, können wir keinen interkulturellen oder interreligiösen Dialog mehr führen, ja da verlieren wir sogar die Fähigkeit zur moralischen Orientierung und zur Gewissenserforschung.

Erodierende Solidarität

Leider beobachten wir derzeit, sowohl in Deutschland, zum Teil mehr noch in anderen Ländern, dass diese für den Zusammenhalt einer Gesellschaft notwendige Solidarität erodiert, dass das Vertrauenskapital verspielt wird und verständigungsorientierte Kommunikation offenbar nur noch in wenigen Nischen der öffentlichen Diskurse möglich ist.

Woher kommt das? Die Ursachen sind sicherlich sehr komplex und können hier nicht vollständig benannt werden.

- Da ist zunächst die Entwicklung des Mediensystems zu nennen, das es dank neuer Technologien möglich macht, dass Öffentlichkeit sich mehr und mehr in disparate Kommunikationsräume aufsplittet, zwischen denen kaum noch ein Austausch stattfindet, und dass sich mehr und mehr Menschen in den Echoraum vielfältiger Selbstbestätigungen zurückziehen. „Fake News“ haben da leichtes Spiel, für wahr gehalten zu werden, während gleichzeitig viele Menschen die Fakten, die ihre Meinung infrage stellen könnten, überschnell als „Fake News“ vom Tisch wischen und die Medien, die sie ihnen überbringen, als „Lügenpresse“ diffamieren. Gleichzeitig sind diese Medien, die eine größere Öffentlichkeit erreichen, im Wettstreit um Aufmerksamkeit gezwungen, sich auf Konflikte, Skandale und außergewöhnliche, meist beunruhigende Ereignisse zu konzentrieren und die Informationen darüber extrem zu verkürzen. Only bad news are good news. Weil sich die verschiedenen, auf die Öffentlichkeit ausgerichteten Akteure auf diese Dynamik einstellen und deshalb auch Parteien und Verbände immer stärker zu problematischen Kommunikationsstrategien greifen, kommt ein verhängnisvoller Teufelskreis in Gang. Offenbar sind sich viele über diese Mechanismen des Mediensystems nicht genügend im Klaren und nehmen die damit einhergehende Verzerrung der Wirklichkeit kaum wahr. So entsteht das Phänomen, dass wir eine Gesellschaft geworden sind, die sich selbst gegenüber massive Vorurteile pflegt, die sich für sehr viel schlechter hält als sie ist und die eigenen positiven Potenziale kaum mehr sieht. So bedauert beispielsweise eine große Mehrheit in unserem Land einen Werteverlust – den es aber in der angenommenen pauschalen Weise gar nicht geben kann, denn sonst würden ihn nicht so viele bedauern.

- Ein weiterer Grund ist sicherlich, dass viele Menschen den Eindruck haben, in unserer Gesellschaft gehe es nicht gerecht zu. Viele fühlen sich benachteiligt, meinen aber, daran nichts ändern zu können. Ihre Empörung führt sie dazu, sich legitimiert zu fühlen, nur noch an sich selbst zu denken. So erodiert Solidarität, die mindestens verlangt, dass jeder die Gleichwertigkeit aller Menschen anerkennt und Ungerechtigkeiten an anderen als genauso gravierend empfindet wie Ungerechtigkeiten sich selbst gegenüber. Aber das dadurch entstehende Ressentiment hat seine Wurzeln teilweise sehr wohl in Ungerechtigkeiten, die es tatsächlich gibt. So verwirklicht unser Bildungssystem immer noch zu wenig Chancengerechtigkeit. Zwar ist die Zahl der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss in den letzten Jahren zurückgegangen, aber immer noch startet jeder 16. Jugendliche ohne Hauptschulabschluss ins Leben. Die Armutsrisikoquote ist trotz zurückgehender Arbeitslosigkeit immer noch hoch, vor allem unter Alleinerziehenden und ihren Kindern. Hier wäre dringend eine bessere soziale Absicherung der Kinder nötig. Und auf der anderen Seite sind besonders hohe Einkommen, die um ein Vielfaches den durchschnittlichen Lohn der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im gleichen Betrieb übersteigen, offensichtlich häufig nicht leistungsgerecht, wenn beispielsweise Manager noch hohe Boni bekommen, obwohl sie ihrem Unternehmen großen Schaden zugefügt haben. Große Ungerechtigkeiten liegen auch darin, dass Steuervermeidung und Steuerhinterziehung immer noch zu wenig verfolgt und geahndet werden. Die kriminellen Machenschaften von Konzernen – wie Volkswagen oder Banken wie die Deutsche Bank – haben auch das Vertrauen in die Wirtschaft massiv erschüttert. Es ist eine wichtige Aufgabe der Politik und auch der Wirtschaft selbst, hier konsequent gegenzusteuern.
- Offenbar entstehen starke Erschütterungen des Zusammenhalts von Gesellschaften, wenn Menschen den Eindruck haben, nicht mehr beteiligt zu sein, nicht mitentscheiden zu können, nicht gehört zu werden. Es gibt eine Krise der Repräsentanz in unserem politischen System, die aber in eine insgesamt als problematisch empfundene Gesamtentwicklung eingebunden ist: Es ist verständlich, dass Globalisierung, Digitalisierung und die Ausweitung von Freihandel den Menschen Angst machen. Und tatsächlich müssen die Risiken marktwirtschaftlicher Prozesse durch soziale Sicherung aufgefangen werden. Den größer und flexibler werdenden Räumen ökonomischer Verflechtung muss eine wachsende Solidarität entsprechen, so dass die damit verbundenen Chancen allen zugutekommen. Ein gutes System sozialer Sicherung steht einer dynamischen Globalisierung und Technikentwicklung nicht entgegen. Es ist im Gegenteil eine entscheidende Voraussetzung für deren Akzeptanz. Außerdem brauchen größere Räume ökonomischer Verflechtung auch umfassendere, übernationale Steuerungsmechanismen für eine entsprechende Rahmenordnung des Marktes. An den dafür zuständigen Institutionen fehlt es noch, weltweit und leider auch auf EU-Ebene. Aber den EU-Gegnern muss gesagt werden, dass die heute so populären

zentrifugalen Kräfte, die weniger Heterogenität, mehr Sicherheit, mehr nationale Kontrolle anstreben, dies durch die von ihnen propagierte Renationalisierung gerade nicht erreichen, denn Europa würde dadurch schwächer und könnte weniger Einfluss auf diese Prozesse nehmen. Als Einzelne werden die europäischen Nationen ihr Schicksal weit weniger beeinflussen können, als dadurch, dass sie zusammenbleiben oder sich sogar noch enger zusammenschließen.

Zusammenhalt ist nicht Homogenität

Damit bin ich bei einem zentralen Punkt des Nachdenkens über den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ich möchte auf ein Missverständnis hinweisen, das sich leider oft einstellt. Zusammenhalt basiert nämlich nicht auf Einheitlichkeit der Lebensvorstellungen, der Religion, der Werte, der Traditionen. Weder dürfen wir voraussetzen, dass wir einen gemeinsamen christlichen Glauben für unsere Gesellschaft bräuchten, noch müssen wir davor Angst haben, dass ein Teil der bei uns lebenden Bevölkerung sich zum Islam bekennt. In ihrer Studie „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt – messen was verbindet“ aus dem Jahr 2014 kommt die Bertelsmann Stiftung auch empirisch zu einem eindeutigen Ergebnis, ich zitiere: „Moderne Gesellschaften beruhen nicht auf Solidarität, die aus Ähnlichkeit erwächst, sondern auf Solidarität, die auf Verschiedenheit und gegenseitiger Abhängigkeit fußt. Deshalb benötigen sie einen inklusiven gesellschaftlichen Zusammenhalt, der die Pluralität der Lebensentwürfe und Identitäten nicht nur als gegeben hinnimmt, sondern als Stärke zu begreifen sucht.“

Zusammenhalt ist nicht Homogenität. Im Gegenteil, wer solche Homogenität durchzusetzen versucht, grenzt aus, diskriminiert, wertet ab und zerstört so den Zusammenhalt. Wir können nicht in vormoderne Zeiten zurückkehren, sondern müssen mit postmoderner Pluralität leben lernen. Zusammenhalt muss deshalb anders gedacht werden. Er beruht auf der Anerkennung von Differenz, auf der Toleranz für Verschiedenheit, auf der Eröffnung von Freiheitsspielräumen, wie sie allen Menschen aufgrund ihrer Würde zustehen. Das ist höchst anspruchsvoll: Autoritäre Charaktere, die in Autoritäten starke und einfache Sicherheiten suchen und alles verteufeln müssen, was sie infrage stellt, tun sich damit schwer. Viele befürchten, dass damit alles beliebig wird. Aber das stimmt nicht. Denn darauf, dass diese Vielfalt anzuerkennen ist, und wo die Grenzen der Freiheit des Einen beim Respekt vor der Freiheit des Anderen enden, darauf müssen wir uns freilich gemeinsam verständigen.

Menschenrechte und Menschenwürde

Eine gute Basis dafür bieten die allgemeinen Menschenrechte, auf die sich ja auch unser Grundgesetz bezieht. Die Grundrechte des Grundgesetzes – etwa das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 GG), auf Religionsfreiheit (Art. 4), auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit (Art. 5, 8), auf Schutz von Ehe und Familie (Art. 6) – sichern diese Freiheitsspielräume und versuchen gerade nicht, Homogenität zu erzeugen. Den Respekt vor diesen Grundrechten müssen wir natürlich von allen verlangen, beispielsweise von den

Geflüchteten und den Migrant*innen, aber genauso müssen wir ihnen gegenüber jenen Deutschen einklagen, die meinen, sie bräuchten sie anderen nicht zuzuerkennen. Die Menschenwürde kommt allen Menschen zu und die Menschenrechte sind unteilbar. In einer bestimmten Tradition des philosophischen Liberalismus werden die Werte des Grundgesetzes, die von allen geteilt und akzeptiert werden müssen, als moralische Normen der „Gerechtigkeit“ bezeichnet, während partikuläre Werte der Einzelnen oder einzelner Gruppen zu den partikulären Vorstellungen des „Guten Lebens“ gehören, auf die man die jeweils anderen nicht verpflichten darf, wenn sie sie nicht teilen. Beispielsweise ist das allgemeine und gleiche Recht auf Religionsfreiheit eine moralische Norm der Gerechtigkeit, während die von den verschiedenen Religionen tradierten unterschiedlichen Wertvorstellungen zu den Fragen des „Guten Lebens“ gehören. Bezogen auf die Frage des Zusammenhalts einer Gesellschaft ist deshalb möglichst weitgehende Einigkeit in zentralen Fragen der Gerechtigkeit bei gleichzeitig größtmöglicher Toleranz gegenüber unterschiedlichen Vorstellungen des „Guten Lebens“ zu fordern. Dabei ist es durchaus möglich, dass die Motivation, sich Gerechtigkeitsnormen zu unterwerfen, auch aus partikulären Vorstellungen des Guten gespeist wird. Diese Motivation muss aber je nach Individuum oder gesellschaftlicher Gruppe durchaus verschieden sein dürfen.

Wenn wir für gesellschaftlichen Zusammenhalt eintreten, dürfen wir den Kontakt zu denen, die ihn unserer Wahrnehmung nach gefährden, natürlich nicht aufgeben. Wir müssen bereit sein, unsere Komfort-Zonen zu verlassen und in die Auseinandersetzung zu gehen. Meine Würzburger Sozialethikerkollegin Michelle Becka hat kürzlich auf dem interessanten theologischen Blog feinschwarz.net (siehe <http://www.feinschwarz.net/rechtspopulismus-und-kein-ende/>) gefordert, dem Rechtspopulismus mit „Empathie und Beharren auf der Vernunft“ entgegenzutreten. Beides ist nötig: die Sorgen dieser Menschen aufzugreifen, gleichzeitig aber im besten Sinne für Aufklärung über Sachverhalte und moralische Grundnormen einzutreten.

Einer solchen „Kultur des Kümmerns“, die wir brauchen, entspricht auch die Arbeit des Violence Prevention Networks, das ich hier kurz als ein Beispiel für eine wichtige Aktivität nennen möchte. Es versucht mit großem Engagement, junge Menschen davon abzuhalten, in den Extremismus abzugleiten. Selbstverständlich ist es dazu nötig, mit ihnen zu reden – das darf dann aber nicht vom Verfassungsschutz zum Anlass genommen werden, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Netzwerks selbst eine Nähe zum Extremismus zu unterstellen.

Kirchlicher Einsatz

Es besteht kein Zweifel, dass auch die Kirche viel tut, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Eigentlich hat ja gerade die katholische Kirche zum Thema „Einheit in Vielfalt“ viel Erfahrung, auch wenn es ihr nicht immer gelungen ist, diese Spannung in einer guten Balance zu halten. Sie kann den Zusammenhalt stärken durch pastorale und caritative Tätigkeiten, aber auch durch anwaltschaftliches Engagement für

diejenigen, die in Not sind, oder als Mahnerin angesichts gegenwärtiger Ungerechtigkeiten und vor drohenden Zukunftsproblemen. Beispielsweise kann man meines Erachtens das kirchliche Engagement für Geflüchtete – und zwar sowohl in der konkreten Hilfe vor Ort als auch in öffentlichen Stellungnahmen – und, um ein weiteres Beispiel zu nennen, für einen Kampf gegen die Erhitzung der Erdatmosphäre nur loben, jedenfalls, was die katholische Kirche in Deutschland angeht. In diesem Sinne müssen die Kirchen auch „politisch“ werden und haben auch ein Recht dazu, das ihnen von keiner politischen Seite bestritten werden darf. Gleichwohl hat man manchmal den Eindruck, dass es nicht immer gelingt, die kirchliche Basis auch wirklich mitzunehmen bzw. die verschiedenen Ebenen, auf denen sich Kirche abspielt, gut miteinander zu vernetzen. Deshalb sind mehr Anstrengungen nötig, um solche Aktivitäten im täglichen Leben der Gemeinden, in den Gottesdiensten und im Religionsunterricht zum Thema zu machen. Das betrifft auch die Bereitschaft der Gläubigen, sich auf Menschen anderer Religionen und Kulturen einzulassen, keine Angst vor Vielfalt zu haben und die Rede von der „Einheit der Menschheitsfamilie“, deren Mitglieder nach christlicher Vorstellung alle gleichberechtigte Kinder Gottes sind, auch wirklich ernst zu nehmen.

Entscheidend scheint mir zu sein, dass gerade Christen bei allen ausweglos scheinenden Problemen, angesichts einer sicherlich schwierigen Zukunft immer auch von ihrer Hoffnung sprechen (vgl. *1 Petr* 3,15). Im grundlegenden Beschluss der Würzburger Synode „Unsere Hoffnung“ heißt es, und damit möchte ich schließen, denn diese zentrale Aussage ist heute genauso aktuell wie damals: „*Die Welt* braucht keine Verdoppelung ihrer Hoffnungslosigkeit durch Religion; sie braucht und sucht (wenn überhaupt) das Gegengewicht, die Sprengkraft gelebter Hoffnung. Und was wir ihr schulden, ist dies: das Defizit an anschaulich gelebter Hoffnung auszugleichen.“